

Immer wieder spendeten die über 4000 Vertragsärzte und Arzthelferinnen in der Bad Godesberger Stadthalle tosenden Beifall. Stehende Ovationen erntete Dr. Winfried Schorre, Vorsitzender der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) und der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein (KVNo), für seine Kritik an der Politik von Gesundheitsministerin Andrea Fischer. Auch wenn das „Vorschaltgesetz“, euphemistisch in Solidaritätsstärkungsgesetz umbenannt, an diesem Tag den Bundesrat passierte – die Vertragsärzteschaft hat am 18. Dezember ein unüberhörbares Signal gesetzt: Sie will sich nicht zum Sparkommissar einer verfehlten Gesundheitspolitik machen lassen.

Bundesweit hielten am „Aktionstag“ zehntausende Ärztinnen und Ärzte ihre Praxen geschlossen und protestierten gegen das „Vorschaltgesetz“. In Nordrhein hatte der Vorstand der Kassenärztlichen Vereinigung dazu aufgerufen, zur zentralen Kundgebung nach Bad Godesberg zu kommen. Gut 2000 nordrheinische Vertragsärzte, fast 15 Prozent der Kassenärzte in Nordrhein insgesamt, versammelten sich in und vor der Stadthalle.

Hälfte der Praxen blieb geschlossen

Nach Schätzungen der KVNo blieb während des Aktionstages rund die Hälfte aller nordrheinischen Praxen geschlossen. Sicherergestellt wurde die Versorgung im Rahmen des Notfalldienstes in allen 27 Kreisstellen. Das funktionierte sehr gut, und so zeigten auch die Patienten, die durch Plakate, Handzettel und in Gesprächen über die Hintergründe des Protestes infor-



Über 4000 Menschen, die meisten von ihnen Ärztinnen und Ärzte, waren zum Aktionstag nach Bonn-Bad Godesberg gekommen. Alle Fotos: Frank Naundorf

Vertragsärzteschaft gegen Rationierung

Nordrhein Zentrum des Protestes gegen das Vorschaltgesetz – Über 4000 Teilnehmer beim Aktionstag am 18. Dezember in Bad Godesberg – Etwa die Hälfte aller Praxen blieb geschlossen

von Frank Naundorf

ambulanten Leistungen einzuschränken: „Wer Budgets vorgibt, muß sich mit Rationierung von Leistungen auseinandersetzen.“



Viele der Demonstranten zeigten sich empört über den Vorwurf, lediglich für die eigenen Pfründe zu kämpfen.

Zudem werde das Arzneimittelbudget unter den Stand von 1992 gesenkt. Die rigiden Budgets verhinderten, daß Patienten mit innovativen Arzneimitteln versorgt werden können. „Immer mehr und immer bessere Medizin ist mit immer weniger Geld nicht möglich. Wir haben es satt, Sparkommissar einer verfehlten Gesundheitspolitik zu sein“, erklärte Schorre.

Betrogen fühlte sich Schorre von der Gesundheitspolitik in bezug auf die Kassenärzte in den neuen Bundesländern. Denn trotz der Zusicherung, die Kollegen dort würden endlich mehr Geld bekommen, sollen sie nun auf etwa drei Viertel des Westniveaus vergütet werden – obwohl sie die gleiche Versorgung bieten müßten wie die Kollegen in den alten Ländern. Schorre: „Das ist ungerecht. Die Sozialmauer zwischen Ost und West muß endlich fallen.“

miert wurden, zumeist Verständnis für das Anliegen der Vertragsärzte.

Im übervollen Saal der Godesberger Stadthalle, an Monitoren im Foyer und vor der Halle verfolgten die 4000 Angereisten die Veranstaltung, die mit der Rede des KBV-Vorsitzenden begann. Vor einer Vielzahl von Kameras stellte Schorre klar, daß jedem einzelnen Vertragsarzt 1999 weniger Geld als im Vorjahr zur Verfügung stehe; die Behauptung Fischers, nur die Zuwächse der Honorare würden begrenzt, sei falsch. Er prognostizierte, daß die Vertragsärzte durch die Begrenzung der Ausgaben gezwungen würden, die

„Geschlossene Front“

Dr. Eckhard Weisner, Vorstandsmitglied der Bundesärztekammer und 2. Vorsitzender der KBV, warnte die Ministerin vor einer „geschlossenen Front der Ärzteschaft“ gegen alle weiteren Versuche, die vertragsärztliche Versorgung auszuhöhlen. Auch die Ärzte am Krankenhaus leiden nach seinen Worten unter dem Spardruck der Gesetzgebung, insbesondere wegen der ständig wachsenden Zahl von Überstunden und Bereitschaftsdiensten. Nach Weisners Worten ist die Ärzteschaft einig gegen die stringente Ausgabenbudgetierung der vertragsärztlichen Versorgung. „Und wenn diese Bundesregierung glaubt, so mit uns Kassenärzten umspringen zu können, dann wird das nicht der letzte Aktionstag gewesen sein.“



Die Verschlechterung der Patientenversorgung stand im Mittelpunkt der Kritik der Vertragsärzteschaft am „Vorschaltgesetz“.



Die Ärztinnen und Ärzte signalisierten der neuen Bundesgesundheitsministerin ihre Kampfbereitschaft.

T H E M A



Dr. Winfried Schorre, Vorsitzender der Kassenärztlichen Bundesvereinigung und der KV Nordrhein, ertete stehende Ovationen für seine deutlichen Worte.

Statements gab es auch von Vertreterinnen und Vertretern der Arzthelferinnen, Psychotherapeuten und Heilmittelberufe. So erklärte die Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft der Heilmittelverbände, Clara Scheepers, daß Physiotherapeuten, Masseure und Logopäden Seite an Seite mit der deutschen Kassenärzteschaft stünden, um gemeinsam für den Erhalt der ambulanten Versorgung

zu kämpfen. „Jede Budgetierung zwingt zu Leistungseinschränkungen, zu Rationierungen, die zuerst den Patienten, dann aber auch den Arbeitsmarkt im Gesundheitswesen treffen werden“, sagte Scheepers, „es ist daher völlig unverständlich, warum das Ziel der Koalition, der Erhalt von Arbeitsplätzen im ambulanten Gesundheitswesen, so leichtfertig übergangen wird.“

Schorre bleibt dialogbereit

In der Resolution anlässlich des Aktionstages forderten die Teilnehmer die Bundesregierung auf, das Gesetz zurückzunehmen. Die sektoralen Budgets seien patientenfeindlich und gefährdeten die Qualität der ambulanten Versorgung. „Wir Kassenärzte wollen unsere Patienten betreuen und medizinisch so gut wie möglich versorgen. Doch die rigiden gesetzlich vorgegebenen Ausgabenbudgets und die damit verbundene Gefährdung von etwa 100 000 Arbeitsplätzen hindern uns daran“, heißt es in der Resolution.



Die rigiden gesetzlich vorgegebenen Budgets gefährden nach Auffassung der Vertragsärzteschaft die Qualität der medizinischen Versorgung und 100.000 Arbeitsplätze.

Trotz der scharfen Kritik an den Inhalten des Vorschaltgesetzes sowie der Art und Weise, wie es zustande gekommen ist, zeigte sich die Kassenärzteschaft weiter dialogbereit – auch wenn inzwischen laut Schorre das Schlimmste für die anstehende nächste Gesundheitsreform zu befürchten ist. Noch sei das Tischtuch nicht zerissen. Wenn aber Andrea Fischer beabsichtige, die sektorale Budgetierung dauerhaft fortzuführen, dann müsse sie sich gegen den „erbitterten Widerstand“ der Kassenärzteschaft durchsetzen.

Wie stark der sein wird, hat die Ministerin spätestens am 18. Dezember 1998 erfahren.